



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation in der **SPD**
Landesverband Schleswig-Holstein / AfA-Landesvorstand

Nach der gescheiterten Sondierung zu einer Jamaika-Koalition braucht Deutschland jetzt rot pur

Wenn die Sozialdemokratie in den nächsten Tagen zur Übernahme der Regierungsverantwortung in die Gespräche geht, muss sie folgende Inhalte fordern:

Im Bildungsbereich: freier Zugang zu allen Teilen der Bildung für alle Menschen, ohne Ausnahmen; Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule; Abschaffung des Kooperationsverbots; umfassende Investitionen im Gebäuden, Einrichtung und Personal; flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen;

Im Bereich der Arbeitspolitik: gesetzliche Mindestausbildungsvergütung und Ausbildungsumlagefinanzierung; gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 12,- Euro; sachgrundlose Befristungen verbieten; Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit verbindlich festschreiben; vollständige Verhinderung von Missbrauch bei Leih-, Zeitarbeit und Werkverträgen; Entgeltgleichheit für alle; Arbeitsversicherung für alle incl. des Arbeitslosengeldes Q; Arbeitgeber zahlen höhere Beiträge als Beschäftigte; Arbeitslosengeld I wieder für min. 36 Monate, danach die Gewährung eines Arbeitslosengeldes II in Höhe von min. 60% des letzten Einkommens (repressionsfrei und incl. aller Bürgerrechte); Tariftreue- und Vergaberecht einführen, die Tarifbindung erhöhen und das Mitbestimmungsrecht ausbauen;

Im Bereich der Sozialpolitik: Beendigung der Zweiklassenmedizin: Bürgerversicherung für alle als GKV, in der die paritätische Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verbindlich geregelt ist; das Umlageverfahren in der GRV wird wieder vollständig hergestellt, in der die Lebensstandardsicherung wieder gilt und das Rentenniveau auf min. 50 % (bezogen auf das Bruttoentgelt) heraufgesetzt und beiden (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zahlen paritätisch die Beiträge - Ausbau der GRV hin zu einer Erwerbstätigenversicherung;

Im Bereich des handlungsfähigen Staats: gerechte Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionsteuer; Anhebung der Körperschaftssteuer min. auf das Niveau der Einkommensteuer; wer hier Umsatz macht, muss hier Steuern zahlen; sämtliche Steuerschlupflöcher sind zu schließen; keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge (Privatisierungsbremse ins Grundgesetz); keine höheren Ausgaben für Rüstung und Verteidigung; Energiewende nicht länger blockieren; massiver Aufbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, Sozialwohnungsbau und bezahlbaren Wohnraums; sach- und fachgerechte Finanzausstattung der Kommunen; die Schuldenbremse darf nicht zur Zukunftsbremse werden;

**Die Umsetzung dieser Punkte würde das Leben von Millionen Menschen besser machen.
Wir brauchen jetzt einen großen Wurf für eine neue Politik in Deutschland.**